

# Lateinamerika an der Wende : Testfall Venezuela

Autor(en): **Molnar, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 5: **Die Fremdarbeiterfrage**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162299>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## LATEINAMERIKA AN DER WENDE: TESTFALL VENEZUELA

### *Das Janusgesicht der amerikanischen Aussenpolitik*

In Venezuela sind die sechziger Jahre ganz durch die charakteristische Ambiguität der amerikanischen Aussenpolitik geprägt worden: Washington setzte Fidel Castros Einfluss auf Kuba und im ganzen karibischen Raum kaum Widerstand entgegen. Dadurch sah sich Venezuela, mehr als irgend ein anderes Land in Südamerika, Kubas intensiver Propagandatätigkeit, unterstützt noch durch Waffenlieferungen, völlig ausgeliefert. In einzelnen Küstenabschnitten, besonders im Mündungsgebiet des Orinoco-Deltas, tauchen seit drei oder vier Jahren kubanische Überfallkommandos regelmässig auf. Sehr oft, aber nicht immer, gelingt es, diese Leute gefangenzunehmen. Zwischen 1960 und 1963 stand Venezuela am Rand eines Bürgerkrieges und eines kommunistischen Staatsstreichs. In den Strassen der Hauptstadt Caracas kam es damals zu Schiessereien, Brandstiftungen, Angriffen auf öffentliche Gebäude und Überfällen auf Bewohner der Stadt. Bis vor zwei Jahren, als Präsident *Leoni* Truppen in die Staatsuniversität von Caracas entsandte, um die studentischen «Guerilleros» zu vertreiben und ihre Waffenlager und Verstecke auszuräumen, war es um die allgemeine Sicherheit in der Hauptstadt schlechter bestellt als in den Landbezirken. Ähnlich wie in Bolivien erwies sich auch hier die Landbevölkerung als regierungstreu. Oft gelang es ihr, die Guerillabanden aufzuspüren und sie den Polizei- oder Armeedetachementen auszuliefern.

Die andere Seite der aussenpolitischen Ambiguität Washingtons offenbarte sich 1961, als John F. Kennedy das Projekt der «*Allianza para el progreso*» bekanntgab. Der ganze Plan gedieh freilich nie über die Stufe eines verworrenen Hilfsprogramms hinaus, das sehr viel versprach, aber die hochgespannten Erwartungen keineswegs erfüllte. Zu Jahresbeginn musste Präsident

Nixon den totalen Misserfolg der «Allianza» öffentlich zugeben. Immerhin darf man nicht vergessen, dass dieses Hilfsprogramm, das Präsident Kennedy 1961 persönlich verkündet hatte, vorerst bemerkenswerte psychologische Auswirkungen zeitigte. Der «grosse Nachbar aus dem Norden», so hiess es damals in weiten Kreisen, werde neue Mittel und Wege zur Zusammenarbeit mit den Ländern der südlichen Hemisphäre suchen. Die Wahlergebnisse in mehreren südamerikanischen Ländern zeigten, dass die Wähler bereit waren, neues Vertrauen in eine, wie sie hofften, gesicherte Zukunft zu setzen.

Venezuela hatte allen Grund, sich für eine Zusammenarbeit mit den USA zu interessieren, denn nach dem Urteil einiger Beobachter trugen die besseren Zukunftsaussichten viel dazu bei, die revolutionäre Gärung im Land zu dämpfen und der castristischen Subversion den Wind aus den Segeln zu nehmen. Im karibischen Raum kommt Venezuela nicht nur aus strategischen Gründen grosse Bedeutung zu, vielmehr können Bewegungen aller Art, die sich in diesem Land abspielen, auch das benachbarte *Kolumbien* erfassen. Sofern diese beiden Staaten ihr politisches Schicksal miteinander verbinden, vermöchten sie dank ihrer geographischen Lage Südamerika von Nord- und Mittelamerika hermetisch abzuschliessen. Schon in den letzten Jahren der Eisenhower/Nixon-Administration zielten denn auch die Massnahmen Washingtons auf eine Stärkung der politischen Stabilität und der Demokratie in Venezuela. Nicht zuletzt dem Einfluss Washingtons war es zuzuschreiben, dass der Diktator *Perez Jimenez* aus seinem Amt verdrängt wurde. Ferner unterstützte Washington die «*Accion Democratica*» – eine Zentrum-Links-Partei, die sich nach einer revolutionären Vergangenheit sichtlich gemässigt hatte – bei der Wahl ihres Vorsitzenden *Romulo Betancourt* zum Präsidenten des Landes. Gewiss war Betancourts Amtszeit durch allerhand Gewalt-

akte der oben erwähnten Art gekennzeichnet. Nach den ordentlichen Wahlen von 1963 konnte Betancourt aber immerhin die Regierung einem andern Führer der «Accion Democratica», *Leoni*, übergeben. Die dritten ordentlichen Wahlen 1968 brachten dann nicht nur einen neuen Präsidenten, sondern auch eine neue Partei an die Macht. Damals erfolgte die Wahl *Rafael Calderas*, des Präsidentschaftskandidaten der christlichsozialen COPEI-Partei, mit ausserordentlich knappem Stimmenvorsprung. Seine Wahl blieb aber unangefochten, sobald die Resultate einmal bekanntgegeben worden waren.

#### *Präsident Calderas prekäre Machtbasis*

Es stellt sich nun die Frage, wie die Entwicklung Venezuelas in den nächsten fünf Jahren wohl verlaufen mag. Ganz allgemein lässt sich wohl feststellen, dass das «kubanische Experiment» in den Augen der meisten Südamerikaner völlig in Misskredit geraten ist. Aber es ist klar, dass erst mit dem reibungslosen Funktionieren einer demokratischen Ordnung in Venezuela der Nachweis erbracht wäre, dass der Weg, den der Kontinent beschreiten muss, nicht über die Revolution zu führen braucht.

Selbstverständlich hängt viel von der Persönlichkeit und der Politik des neuen Präsidenten ab. Bei *Rafael Caldera* handelt es sich um einen erfahrenen und verantwortungsbewussten Politiker. Seine Ansichten entsprechen ungefähr jenen des Präsidenten *Eduardo Frei* in Chile und der dortigen Christlich-Demokratischen Partei. Allerdings ist Calderas Stellung gegenwärtig kaum besser gefestigt als jene Freis, der gerade heute, also unmittelbar vor den Neuwahlen in Chile, über ein beträchtlich geringeres politisches Gewicht verfügt als zur Zeit seiner Wahl zum Präsidenten im Jahre 1964. Frei ging damals siegreich aus dem Wahlkampf hervor, weil es ihm gelang, das Zentrum und die Rechte des politischen Schauplatzes davon zu überzeugen, dass er die einzig mögliche Alternative zu einem linksextremen Regime unter Senator *Allende*, einem Waffengefährten Fidel

Castros, verkörperte. Seit 1964 hat sich nun aber Freis Partei, erst gegen seinen Willen, auf einen stets deutlicher ausgeprägten Linkskurs verlegt, so dass viele seiner früheren Anhänger aus konservativen, liberalen und gemässigt radikalen Kreisen sich von ihm abwenden. Auch Caldera hat seine Wahl einer mittelständischen Koalition zu verdanken. Seine Gefolgschaft machte zur Zeit der Wahl nur wenig mehr als fünfzig Prozent der Wählerschaft aus. Sie stellt somit alles andere als eine solide Mehrheit dar; jedenfalls muss sich der neue Präsident als ein härterer Mann erweisen als Eduardo Frei, sollte sie sich nur als ausreichend bezeichnen. Im Fall Calderas bedeutet «hart», dass er, im Unterschied zu Frei, die linksextremen Elemente seiner eigenen Christlichsozialen Partei im Zaume halten muss. Zweifellos stellt dies auf einem Kontinent, wo ein erheblicher Teil des Klerus bis hinauf in die höheren Ränge der kirchlichen Hierarchie für die Sache der «Revolution» gewonnen worden ist, immer schwierigere Probleme.

#### *Das Hauptproblem: Eingliederung des Proletariats in die Industriegesellschaft*

Erst letzten Herbst hatte ich ein eigenartiges Erlebnis. Ich unterhielt mich mit einigen schweizerischen und deutschen Studenten aus Tübingen, die ein besonderes Interesse für eine «Theologie der Gewalt» bekundeten. Eine solche Theologie, so sagten sie, sollte vor allem auf südamerikanische Verhältnisse zugeschnitten sein. Als ich ihnen zu verstehen gab, nach meiner Ansicht werde es in Südamerika nicht zu einer Revolution kommen, zeigten sie sich ehrlich enttäuscht, als ob ich damit ihren theologischen Studien jede Existenzberechtigung abgesprochen hätte. Ich formulierte meine Thesen so vorsichtig als möglich und hielt mich besonders an das Beispiel Venezuelas, wo sich heute ein breiterer und ein gehobener Mittelstand heranbildet, der rein zahlenmässig schon ziemlich ins Gewicht fällt und dessen Gedeihen von der politischen Stabilität des Landes und einem zwar noch bescheidenen aber immerhin

schon spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung abhängt. Entwicklungstendenzen dieser Art machten sich schon in den letzten Jahren der Herrschaft Perez Jimenez' bemerkbar und lassen sich namentlich auf den einträglichen Öllexport zurückführen. Erst die Einnahmen aus dem Öllexport ermöglichten nämlich eine gewisse Diversifikation der Wirtschaft und die Eingliederung des fortwährend neu zuziehenden und überaus schnell wachsenden Proletariats der Städte.

Venezuela steht heute vor dem gleichen Hauptproblem wie die andern unterentwickelten Länder Südamerikas: Stabilität und Fortschritt hängen davon ab, wie weit es der Industrie und den Dienstleistungsbetrieben möglich ist, das am Rande der Gesellschaft dahinvegetierende städtische Proletariat, das infolge der ständigen Zuwanderung aus den Landgebieten unaufhaltsam anwächst, in den Arbeitsprozess einzugliedern. Eine vernünftige Landwirtschaftspolitik, verbunden mit einer vorsichtigen industriellen Expansion – dies bildet wohl den zweiten Aufgabenkreis, worin sich die politische «Härte» des venezolanischen Präsidenten zu erweisen haben wird.

Schliesslich muss sich Präsident Caldera stets bewusst sein, dass die kommunistische Gefahr Venezuela in ganz besonderem Masse bedroht. Die kubanische Fischereiflotte versorgt die Guerillakämpfer in Venezuela fortwährend mit Waffen, die Kubaner unterstützen sie auch in finanzieller Hinsicht. Die Bildungselite des Landes – Studenten und Akademiker, die übrigens in der Regel den mittleren und gehobenen Gesellschaftsschichten angehören, und seit einiger Zeit auch Teile des Klerus – leisten ideologische Schützenhilfe. Wie Eduardo Frei gibt sich Caldera recht zuversichtlich und glaubt, die Situation meistern zu können. Dabei fällt aber erschwerend ins Gewicht, dass die gemässigten Wähler Venezuelas – noch ausgesprochener als jene Chiles – aus einem gesellschaftlichen Milieu stammen, in welchem die Politik nicht unbedingt als eine von Korruption und Gewalttätigkeit völlig verschiedene

Angelegenheit betrachtet wird. Den letzten Wahlergebnissen war zu entnehmen, dass die Mehrzahl der Bevölkerung für innere Ordnung und Stabilität einsteht. Sollte sie aber zur Erkenntnis kommen, Caldera sei in Parteikämpfe verstrickt und vor allem in Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner eigenen COPEI-Partei verwickelt, so könnte dies sehr wohl zu einer Konfliktsituation führen von der Art, wie sie heute in Chile besteht. Calderas knappem Wahlsieg käme dann kaum noch Bedeutung zu, und die seit der Zeit der Wahl noch wenig gefestigte politische Ordnung könnte leicht wieder zerstört werden. In Chile ist die Spaltung der Regierungspartei in einen rechten und einen linken Flügel praktisch auf der ganzen Linie vollzogen.

#### *Beziehungen mit kommunistischen Ländern*

Die Linke fordert heute nachdrücklich einen Schulterchluss mit den Kommunisten und den Sozialisten sowie die diplomatische Anerkennung Kubas. Zur Zeit leistet Präsident Frei dem Druck noch Widerstand; er wird aber nächstes Jahr eine erheblich geschwächte Partei in den Wahlkampf führen. Rafael Caldera hat zwar noch fünf Amtsjahre vor sich; auch in Venezuela pflegt man jedoch die Präsidenten aufgrund ihrer Leistungen in den «ersten hundert Tagen» zu beurteilen. Der linke Flügel seiner Partei vertritt etwa die gleiche politische Doktrin wie die Linkskreise innerhalb der chilenischen Regierungspartei. Caldera muss es seiner «Linken» klar machen, dass er genau weiss, wo er die Grenze ziehen will und wie er im Interesse der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität des Landes zu regieren beabsichtigt.

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit nahm Caldera wieder diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion auf. Diese Massnahme steht aber nicht unbedingt in Widerspruch zu seiner entschiedenen Haltung, die er gegenüber jenen castro-kommunistischen Kräften vertrat, welche sich nicht zu ehrenvollen Bedingungen ergeben

wollten. Diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion sind eine heikle Angelegenheit, da das russische Botschaftspersonal jeweils in übertrieben grosser Zahl eintrifft und die meisten dieser Leute dem russischen Spionagedienst angehören. In einem Land wie Venezuela könnten die mannigfaltigen und direkten Kontakte zwischen den Sowjets und den venezolanischen Revolutionären Calderas Pläne für eine stabile Regierung leicht vereiteln.

Was die im Land ansässigen Kommunisten betrifft, so scheinen sie heute in kleine Parteigruppen aufgespalten, die jeweils nicht mehr als 120 bis 150 oder allenfalls bis zu 250 Mitglieder zählen. Gewöhnlich führen sie einen gnadenlosen Kampf gegeneinander und fechten ihn oft bis aufs Messer aus. Mehrere Splittergruppen, die samt und sonders Gewaltmassnahmen, Guerilla-Kriegführung und Landbesetzung entsprechend dem von Ché Guevara praktizierten Vorgehen empfehlen, vervollständigen das Gesamtbild. Die grosse Mehrheit der venezolanischen Kommunisten gehört freilich der von Moskau geförderten Gruppe an. Diese hat heute im Parlament sechs Vertreter, und zwar unter einem Parteinamen, der nicht offiziell auf die kommunistische Filiation hinweist. Die betreffenden Abgeordneten erfreuen sich der parlamentarischen Immunität und nehmen am öffentlichen Leben teil. Ihre Partei verstand es, sich ein eigenes Image zuzulegen. Man hält sie heute für friedliebend, sozialreformerisch und damit für respektierbar. Mindestens gilt dies dort, wo es darauf ankommt, also in den Kreisen, die heute an der Macht sind, nicht aber bei den Studenten und dem widerpenstigen jungen Volk.

### *Wirtschaftliche Aussichten*

Selbstverständlich hängt es weitgehend von den wirtschaftlichen Aussichten des Landes ab, ob und wie weit sich die versprochene Stabilität im Innern verwirklichen lässt. Wie ich den Tübinger Studenten erklärte, sollten wir unsere Hoffnungen nicht auf eine Revolution setzen; denn sie führt, wie

das Beispiel von Kuba zeigt, doch zu nichts. Vielmehr tut ein stetiger Fortschritt not. Nur so lässt sich verhindern, dass die entwurzelten Massen in Venezuela – und übrigens auch in andern Ländern, wie etwa in Peru, Brasilien und Kolumbien – den Glauben an die Zukunft verlieren, die Unabänderlichkeit ihres Schicksals als Tatsache hinnehmen und der Verzweiflung anheimfallen. Venezuela ist nach wie vor auf die Einnahmen aus dem Öl-export angewiesen. Das Land betreibt eine zielstrebige Politik, um auf dem Weltmarkt gegen die Staaten des Mittleren Ostens bestehen zu können. Venezuela darf diese «Schlacht» in den siebziger Jahren nicht verlieren; denn von ihrem Ausgang hängt das Schicksal der Reformprogramme ab, welche die Regierung Caldera jetzt in Gang setzen muss.

Welchen Umfang wird dabei die Hilfe der Vereinigten Staaten annehmen? Bekanntlich bemüht sich die Regierung Nixon, die Staatsausgaben zu kürzen und dem neo-isolationistischen Trend der amerikanischen Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grad entgegenzukommen. Es werden daher von Nixon keine spektakulären Hilfsprogramme für Südamerika erwartet, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der USA übersteigen. Alles spricht dafür, dass Washington die Allianz für den Fortschritt eines natürlichen Todes sterben lassen wird – was selbst von den bisherigen Hilfeempfängern kaum bedauert werden dürfte. Die Administration Nixon scheint zum Schluss gekommen zu sein, dass eine wirtschaftliche Sanierung und ein neuer Start für die USA so dringlich sind, dass sie es sich gar nicht leisten können, auch noch die Entwicklung der Nachbarn im Süden zu finanzieren.

### *Eine Periode der Militärregierungen?*

Vom Gesichtspunkt der aussenpolitischen Zusammenhänge und des Mächtegleichgewichts auf dem südamerikanischen Kontinent aus gesehen bedeutete Calderas Wahlsieg eine willkommene Nachricht für Washington. Die Reaktionen mehrerer süd-

amerikanischer Staaten auf die castristische Herausforderung haben in den USA ein gewisses Unbehagen hervorgerufen. Seit 1964 gelangten in Argentinien und in Brasilien und kürzlich auch in Peru Militärregierungen an die Macht, und die hohen Offiziere gefallten sich in ihrer traditionellen Rolle als Garanten von Sicherheit und Ordnung. Für die betreffenden Staaten mag sich eine solche straffe Ordnung unter Umständen als vorteilhaft erweisen. Washington hingegen reagierte jedesmal nervös, wenn der Eindruck entstand, es billige «militärische» Lösungen in Ländern, in denen es einen gewissen Einfluss ausübt. Dies war der Fall, als in den beiden massgebenden südamerikanischen Riesenstaaten Argentinien und Brasilien Militärregierungen die Macht ergriffen. Seit nun auch in Peru ein Militärregime am Ruder ist, könnte sich nach Ansicht Washingtons eine gefährliche Situation ergeben.

Immerhin besteht in Südamerika eine Art von politischem Gleichgewichtssystem, das sich bisher stets als funktionsfähig erwiesen hat. Wenn immer in den «Riesenstaaten» entlang der Atlantikküste Regierungen von ähnlichem Zuschnitt die Macht ausüben, reagieren die Länder an der Pazifikküste mit einem entsprechend anders gearteten politischen System. So regierten vor rund zwei Jahrzehnten Perón in Argentinien und Getulio Vargas in Brasilien; heute stehen beide Länder unter Militärregierungen, wobei sich die Generäle jeweils auch der Mitarbeit einiger ziviler Fachspezialisten versichert haben, die keiner politischen Ideologie verpflichtet und daher den Militärs als Ministerkollegen genehm sind. Dies heisst also, dass Chile, Ecuador, Kolumbien und Venezuela (obgleich nicht notwendigerweise auch Peru) Regierungen vorziehen, die dank vergleichbarer ideologischer Voraussetzungen gute Beziehungen zueinander pflegen und eine ähnliche Politik gegenüber Drittstaaten befolgen. Heute vertreten die Regierungsparteien Chiles und Venezuelas sozusagen das gleiche Programm. In Kolumbien dürfte freilich der Gang der Entwicklung kaum in ähnlichen Bahnen verlaufen.

### *Die Christlichsozialen am Scheideweg*

Schliesslich ist noch auf die Tatsache hinzuweisen, dass ein Erfolg der Regierung Calderas die Richtigkeit der amerikanischen Politik gegenüber Chile in den frühen sechziger Jahren bestätigen wird, zu einer Zeit also, da Washington Eduardo Frei grosszügige Hilfe versprach und auch leistete. Damals glaubte man in Washington, dass sich die anhaltenden Konflikte in den südamerikanischen Staaten mit den Methoden des «christlichen Sozialismus» beilegen liessen; denn die christlichsozialen Parteien appellieren an die breiten Massen der fast durchwegs katholischen Bevölkerung, versprechen einen gemässigten Sozialismus und stehen für demokratische Regierungsmethoden ein. Mittlerweile sind nun freilich Geistliche aus «progressiven» katholischen Kreisen Frankreichs, Belgiens und Kanadas in Südamerika eingewandert. Diese «Frankophonen» gewinnen in der Regel leichteren Zugang zur südamerikanischen Mentalität; es ist ihnen denn auch gelungen, von Washington unbemerkt, ihre Gedanken unter den südamerikanischen Amtskollegen zu verbreiten und in weiten Kreisen des dortigen Klerus eine revolutionäre Stimmung zu schaffen, deren Grad und Ausmass zu Beunruhigung Anlass gibt. Diese Geistlichen bilden mit den katholischen intellektuellen Laien zusammen eine geistige Macht von beträchtlicher Sprengkraft, welche die Wirkungsmöglichkeit führender katholischer Politiker von der Art Rafael Calderas oder Eduardo Frei spürbar zu untergraben vermöchte. Sehr viel hängt heute von der Persönlichkeit Calderas ab, denn es könnte der Fall eintreten, dass er nach 1970 der einzige katholische Führer von Format sein wird. (Ich verwende hier das Wort «katholisch» nur im Sinn der Parteibezeichnung, da ja alle führenden Politiker Südamerikas der katholischen Kirche angehören.) Nach 1970 wird Frei, ob als Sieger oder Besiegter, sein Amt einem anderen Mann übergeben.

*Thomas Molnar*